

SÜDWEST PRESSE

DIE GROSSE TAGESZEITUNG FÜR ULM, DEN ALB-DONAU-KREIS UND DEN KREIS NEU-ULM

www.swp.de

ULM

ULM UND NEU-ULM

Dienstag, 16. Juli 2019



Einblicke in die Ulmer Batterieforschung: Im ZSW-Labor lässt sich Wissenschaftsministerin Anja Karliczek (links) von ZSW-Chefin Dr. Margret Wohlfahrt-Mehrens (rechts) Details zur Produktion von großen Lithium-Ionen-Zellen erklären. Fotos: Lars Schwerdtfeger

Ministerin: Ulm ist Hauptort für die Batterieforschung

Technologie Anja Karliczek in der Höhle des Löwen: Beim Besuch im ZSW verteidigt die Politikerin die Standortentscheidung für Münster. Von Christoph Mayer und Matthias Stelzer

Freudlich – aber distanziert. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek wurde am Montag im Ulmer Rathaus in aller Form empfangen. Aber nicht mehr. Eine Million Euro Fördergeld und den damit verbundenen Titel „Zukunftstadt“ hatte die Münsterländerin für Ulm im Gepäck.

Der sonstige Ballast des Besuchs blieb fast im Verborgenen. Ein Publikumslacer, als Karliczek die Ulmer zum Zukunftstadt-Kongress ausgerechnet nach Münster einlud. Ein zweiter, als OB Gunter Czisch beim Shooting mit Ortschafts-Fotografen und Kameraleute fragte: „Haben Sie Ihre Batterien aufgeladen?“

Rede und Antwort

Elektrisiert war die Stimmung bei Karliczeks Besuch in der Wissenschaftsstadt. Verständlich, schließlich hatte sich die Ministerin mit ihrem – bereits vor einem halben Jahr ausgemachten – Termin in die Höhle des Löwen gewagt, musste Rede und Antwort stehen, warum Münster und nicht Ulm den Zuschlag für die vom Bund mit einer halben Milliarde Euro bezuschusste Batterieforschungsfabrik bekommen hatte (wir berichteten). Und das, obwohl eine aus Industrievertretern bestehende und zur Beratung Regierung eingesetzte Grün-

dungskommission doch angeblich klar für Ulm votiert hatte, wie Ende Juni an die Hauptstadt-Druckpresse durchgeschickert war.

Eben dies stellte die Ministerin auf Nachfrage nachdrücklich in Abrede. „Die Kommission hat sich nicht für den Standort Ulm ausgesprochen, sie hat auch nie eine Rangliste aufgestellt.“ Diese „falschen Gerüchte“ seien auch der Grund dafür gewesen, warum die Bundesregierung ihre Entscheidung für Münster überraschend zehn Tage früher als geplant publik gemacht habe. „Wir

wollten Schaden von der Forschungs-Community abwenden.“ Ihr Ministerium habe unter den sechs Antragstellern allein nach der „Exzellenz des Gesamtkonzeptes“ entschieden. Da Münster ein komplettes Konzept für den gesamten Lebenszyklus einer Batterie bis hin zum Recycling vorgelegt habe, habe der westfälische Standort den Zuschlag bekommen.

Gleichwohl bleibe Ulm ein „Hauptstandort für die Batterieforschung in Deutschland“, versicherte die Ministerin nach ei-

nem Rundgang durchs Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung (ZSW). Dafür werde „ein substanzreicher zweistelliger Millionenbetrag“ zur Verfügung gestellt. Erste Gespräche mit der Landesregierung über Investitionen für die Entwicklung modernster Batterien in Ulm sowie am Partnerstandort Karlsruhe seien bereits geführt worden. Karliczek: „Es gibt kein Gegenüber, sondern nur ein Miteinander. Wir brauchen alle auf Batterieforschung und -entwicklung spezialisierten Standorte in Deutschland, um im Wettbewerb mit Asien wenigstens etwas Boden gut zu machen. Die Zeit drängt.“

Eben darauf hatte auch Dr. Margret Wohlfahrt-Mehrens hingewiesen. Die kommissarische ZSW-Chefin, Mutter des Ulmer Antrages, verwies darauf, dass in Ulm seit 30 Jahren Batterieforschung betrieben werde und es dort die bundesweit einzige schon laufende Forschungsproduktionsanlage für Batterien gebe. „Hier könnten wir zeitnah Kompetenzen ausbauen für einen schnellen Industrietransfer – und nicht erst 2022.“ Das zielte natürlich auf Münster. Frühestens in drei Jahren wird man die Anlagen für die Forschungsfabrik dort aufgebaut haben.

Kommentar

Universitäts- und jetzt auch Zukunftstadt

Vorhaben Als eine von acht Kommunen in ganz Deutschland darf sich Ulm künftig Zukunftstadt nennen. In einer Ausschreibung des Bundesforschungsministeriums hat es der Antrag aus Ulm in Runde drei gebracht. Die Stadt will Digitalisierung und Nachhaltigkeit zusammenbringen. Dafür soll der öffentliche Raum mit Sensoren ausgestattet werden. „Die Zukunft voranzubringen, das ist die DNA der

Stadt“, sagte Oberbürgermeister Gunter



Ministerin Karliczek und Oberbürgermeister Czisch im Rathaus.

Czisch am Montag, als er im Rathaus die Ministerin Anja Karliczek (CDU) begrüßte. „Sie können eine echte Blaupause für andere Städte und Gemeinden liefern“, lobte Karliczek die Ulmer Vorhaben.

Geld Als Anschubfinanzierung stellt das Berliner Ministerium der Stadt Ulm eine Million Euro zur Verfügung. Ausgezahlt wird diese Summe sukzessive in den kommenden drei Jahren.